

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

31.12.1931 (No. 304)



Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Telephon:
Nr. 965
und 964
Postfach Nr.
3815

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
C. K e n n,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monats 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig, Samstag 15 Reichspfennig — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Betreibung und Konkursverfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Die telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Senkung der Postgebühren
Voranschließlich von Mitte Januar an

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschloß, eine Reihe wichtiger Postgebühren herabzusetzen, und zwar werden gesenkt:

Die Gebühren für Fernbriefe bis 20 Gramm von 15 auf 12 Pf., für Fernbriefe von 20 bis 250 Gramm von 30 auf 25 Pf. Die Gebühren für Briefe über 250 Gramm bleiben unverändert.

Die Fernpostkarte kostet künftig statt 8 nur 6 Pf., die Postkarte mit Antwort statt 16 nur 12 Pf.

Bei den Paketen werden in Zukunft vom Absender lediglich die Beförderungsgebühren, und nur im Falle der Zustellung vom Empfänger die Zustellgebühr von 15 Pf. für jedes Paket erhoben. Die Beförderungsgebühren betragen künftig bis zu 5 Kilogramm in der ersten Zone 30 Pf., in der zweiten Zone 40 Pf. und in der dritten bis fünften Zone 60 Pf. Über 5 Kilogramm bis 10 Kilogramm werden die Gebühren in der ersten Zone für jedes Kilogramm mit 5 Pf., in der zweiten mit 10, in der dritten mit 20, in der vierten mit 30 und in der fünften Zone mit 40 Pf. gestaffelt. Bei Paketen über 10 Kilogramm beträgt diese Staffelung in der ersten Zone 10, in der zweiten 15, in der dritten 20, in der vierten 25 und in der fünften Zone 30 Pf. Außerdem wird der Freimachungszwang für Pakete aufgehoben.

Eine schematische Verteilung der zur Verfügung stehenden 125 Millionen Reichsmark auf alle Post- und Fernmeldegebühren verbot sich, weil dann bei allen Tarifpositionen nur eine ganz geringfügige und praktisch unwirksame Senkung hätte stattfinden können. Die hohen Selbstkosten im Fernmeldewesen gestatten eine den Erwartungen der Öffentlichkeit entsprechende Gebührensenkung nicht. Der Verwaltungsrat hat sich deshalb entschlossen, die Senkung auf besonders wichtige Postgebühren zu beschränken.

Die Senkungen werden mit größter Beschleunigung durchgeführt; jedoch erfordert die Herstellung neuer Postwertzeichen zu 6 und 12 Pf. und die technische Durchführung der neuen Regelung des Paketverkehrs einen gewissen Zeitraum, so daß die neuen Gebühren voranschließlich wohl erst Mitte Januar in Kraft treten werden. Die nötigen Vorbereitungsmaßnahmen sind vom Reichspostministerium bereits in Angriff genommen worden.

Die Preisfestsetzungen

Verbilligte Tierartefakte ab 1. Januar. Im Rahmen der Preisfestsetzungen der Reichsregierung nimmt die Deutsche Reichsbahn am 1. Januar 1932 auch für die Tierartefakte eine Ermäßigung bis zu 15 Prozent vor. Dies ist die dritte Verbilligung für Tierartefakte der Reichsbahn innerhalb Jahresfrist. Schon am 1. Februar 1931 trat gleichzeitig mit der Reform des Tierartefakts eine wesentliche Verbilligung der Tierartefakte, namentlich für Pferde, Jungziege und für verpackte Tiere (in Käfigen, Kisten usw.) ein. Da die Tierartefakte an den Gütertarif gebunden sind, wurde auch in Verbindung mit der Gebührensatzung der Wagenladungsklassen am 1. November 1931 eine weitere Ermäßigung der Tierartefakte (etwa 12 Proz.) durchgeführt.

Autotreibstoffe. Der Reichswirtschaftsminister veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ eine Bekanntmachung, in der auf Grund der Verordnung für gebundene Preise von Autotreibstoffen eine Ausnahme von den Vorschriften der §§ 1 und 2 dahin bewilligt wird, daß die örtlichen Zapfstellpreise bis zum 1. Januar 1932 in den Zonen VII, VIII, IX und den Ausnahmestellen dieser Zonen um mindestens 25 Pf. je Liter in allen übrigen Gebieten um mindestens 2 Pf. je Liter gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 zu senken sind.

Aluminium. Der Preis für Original-Hüttenaluminium wird ab 1. Januar 1932 um 10 M für 100 Kilogramm herabgesetzt, d. h. es kosten Walzbarren 98,99-prozentig 164 M (bisher 174 M) pro 100 Kilogramm und Blöcke 98,99-prozentig 160 M (bisher 170 M) pro 100 Kilogramm (beides franco minus 2 Proz. Kassenkonto).

Bevorstehende Bierpreisfestsetzung? Im Rahmen der Preisfestsetzungen der letzten Notverordnung sollte auch der Bierpreis ab 1. Januar gesenkt werden. Zu diesem Zweck sind Verhandlungen mit den beteiligten Verbänden aufgenommen worden. Da es aus technischen Gründen nicht möglich ist, die Verhandlungen bis zum 1. Januar zu Ende zu führen, ist die Frist für die Senkung des Bierpreises über den 1. Januar hinaus verlängert worden. Die Verhandlungen werden voraussichtlich bald nach Neujahr zum Abschluß kommen. Wie wir hören, ist bestimmt mit einer Senkung der Bierpreise zu rechnen, die sich auch im Anschluß auswirken soll.

Schokolade. Bei den Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar Dr. Goebeler und dem Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten und den Verbänden des Schokoladenhandels über die Preisfestsetzung erklärten die Fabrikanten, eine Preisfestsetzung nicht vornehmen zu können. Mit diesem Entschluß fällt ab 1. Januar 1932 der Preis für die Markenartefakte in der Schokoladenindustrie fort. Die Preisbindung hört auf und Industrie wie Handel treten für diese Ware in freier Wettbewerb. Die Preisentwicklung wird vom Reichskommissar beobachtet werden.

Frankreich und England sollen Kolonien abtreten. In einer Rundfunkrede forderte das Mitglied des Repräsentantenhauses für Pennsylvania, Max Haddon, Frankreich und Großbritannien auf, ihre Kolonien im Karibischen Meer und in Mittelamerika an die Vereinigten Staaten als Teilzahlung für die Kriegsschulden abzutreten. — Der Führer der amerikanischen Sozialisten, Thomas, verlangte in einer Rede die Streichung aller Kriegsschulden und der deutschen Reparationszahlungen.

Letzte Nachrichten

Reparationskonferenz in Lausanne
Deutschland verlangt das Verschwinden der Reparationen

Die englische Regierung richtete am Mittwoch durch ihre diplomatischen Vertretungen im Ausland an die an der Schuldfrage interessierten Regierungen die offizielle Aufforderung, zur Abhaltung der geplanten Lausanner Konferenz die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Auch Deutschland ist die Einladung gestern in Berlin durch den britischen Botschafter überreicht worden.

Das Blatt des Reichszanklers, die „Germania“, schreibt dazu: Die deutsche Regierung hatte von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihr nach den günstigen örtlichen Erfahrungen der letzten Reparationskonferenzen der Saag lieber gewesen wäre. Da aber die Mehrheit der beteiligten Regierungen mit Lausanne einverstanden zu sein scheint, so besteht für Deutschland kein zwingender Grund, aus der Ortsfrage eine Grundfrage zu machen.

In einem anderen wichtigeren Punkte dagegen, so führt die „Germania“ dann weiter aus, sei Deutschland außerstande, von seinen wiederholt geäußerten Grundätzen abzuweichen. Die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, den Auffassungen Raum zu geben, daß die Lausanner Konferenz nur eine beschränkte Tragweite haben könne. Wenn der Lauson-Bericht und das Gutachten des Baseler Sonderausschusses irgendeinen Sinn hätten, so sei es der, daß Deutschland zu Leistungen in irgendeiner Form nicht instande sei, und daß jeder Versuch, es trotzdem dazu zu zwingen, mit der finanziellen Katastrophe enden müßte.

Deutschlands Standpunkt für die Konferenz in Lausanne sei denkbar einfach und durch die Macht der Tatsachen diktiert: Deutsche Reparationen in irgendeiner Form seien ausgeschlossen und das Verschwinden des Reparationsfaktors das einzige Mittel, um unter die Dauerkrise einen Schlußstrich zu setzen.

England jetzt für vorläufige Lösung?

Nach vorliegenden Meldungen ist in englischen maßgebenden Kreisen tatsächlich eine Schwankung im Sinne Frankreichs und eine Abkehr von der Ansicht zu beobachten, daß die Reparationskonferenz mit den Reparationen überhaupt Schluß machen müßte. Einer Reuters-Meldung zufolge ist man jetzt in London der Auffassung, daß diese Konferenz nur eine „beschränkte Tragweite“ haben könne, da Amerika, das den Schlüssel des gesamten Reparationsproblems in der Hand habe, ihr fernbleiben werde. Die englische Regierung wünsche jedoch eine längere Ausdehnung des Reparationsmoratoriums, als sie offenbar von der französischen Regierung in Aussicht genommen sei.

W.D.W. London, 31. Dez. (Tel.) Die meisten Morgenblätter erklären es u. a. auf die Haltung Amerikas für unvermeidlich, daß auf der kommenden Reparationskonferenz nur eine vorläufige Regelung vereinbar sein könne. Sie geben zu, daß dies keine ideale Lösung wäre, seien aber ihre Hoffnung auf eine günstige Änderung der Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika.

„Daily Telegraph“ sagt in einem Leitartikel: Ob ein dreijähriges Moratorium ausreichen wird, das Vertrauen wiederherzustellen, bleibt abzuwarten. Innerhalb würde damit eine Atempause gegeben sein. Die „Times“ meinen, die britische Regierung wünsche nach wie vor, einer endgültigen Lösung so nahe wie irgend möglich zu kommen. „Financial News“ setzt ihren Kampf für eine endgültige Lösung fort und sagt, wenn eine völlige Annullierung der Kriegsschulden und Reparationen unmöglich sei, so könnten die deutschen Annullitäten auf beispielsweise 400—500 Millionen Goldmark festgesetzt werden.

Noch kein fester Plan

W.D.W. Paris, 31. Dez. (Tel.) „Matin“ veröffentlicht eine Mitteilung auf die Meldung, in der es heißt, man erkläre in London, daß die französischen und englischen Sachverständigen im Begriff ständen, ein Abkommen abzuschließen, dessen große Linien man bereits bekanntgegeben habe. All das sei aber falsch. Soweit Frankreich in Frage komme, gebe es überhaupt noch keinen festgelegten Plan.

Amerikas Auffassung

Nach einer Meldung aus Washington ist die amerikanische Regierung zu der Konferenz in Lausanne nicht eingeladen worden und wird daher nur einen Beobachter entsenden. In gewissen Kreisen wird darauf hingewiesen, Amerika müßte, falls die Verhandlungen der Konferenz sich auf Deutschlands private Auslandsschulden erstreckten, die Frage seiner Beteiligung zur Wahrung seiner Interessen ernsthaft erwägen; man würde jedoch eine derartige Ausdehnung der Tagesordnung bedauern, weil die sehr dringliche Stabilisierung der deutschen Finanzen durch die unvermeidlich lange Erörterung über die Priorität sehr verzögern und die Konferenz dann auch mit der Abrüstungskonferenz zeitlich kollidieren würde.

Man will in Washington zunächst ein greifbares Entgegenkommen Frankreichs in der Abrüstungsfrage abwarten, bevor man die Frage erörtert, ob Frankreich seine vertraglich übernommenen Schulden wirklich nicht zahlen kann. Allen Anschein nach steht auch England auf dem Standpunkt, daß Europa zunächst unter sich über die Reparationsfrage einig werden müsse; denn der britische Vorschlag beschränkt die Tagesordnung der Konferenz, zu der nur die europäischen Regierungen eingeladen wurden, ausdrücklich auf die Frage der Reparations- und Kriegsschulden.

\* An der Schwelle des neuen Jahres

III. (Schluß)

Und wie ist nun die Situation Deutschlands am Schluß dieses an Enttäuschungen und Entbehrungen so reichen Jahres zu beurteilen? Sind die Möglichkeiten eines Wiederaufstiegs gegeben? Können wir hoffen, der Wirtschaftskrise, soweit sie sich in unserem eigenen Lande auswirkt, im kommenden Jahre einigermaßen Herr zu werden? Wird sich die innere Zerklüftung unseres Volkes im Jahre 1932 wenigstens soweit überwinden lassen, daß der latente Bürgerkrieg verschwindet, der nun schon seit Monaten auf deutschem Boden zwischen den beiden radikalen Richtungen tobt?

Blicken wir unter dem Gesichtswinkel aller dieser Fragen auf das Jahr 1931 zurück, und sehen wir zu, ob gerade das in diesem Jahre geleistete die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft begründen kann oder nicht, so müssen wir auch bei einer sehr ruhigen und vorläufigen Prüfung feststellen, daß sich der ernste und unerschütterliche Wille unseres Volkes zum Wiederaufstieg gerade im Jahre 1931 in einer Weise offenbart hat, der auch den Skeptikern Zutrauen einflößen muß. Die großen Opfer, welche das Kabinett Brüning dem deutschen Volke in allen seinen Schichten zumuten mußte, um die Ordnung in den öffentlichen Haushalten zu sichern und eine langsame Sanierung der Wirtschaft einzuleiten, all diese Opfer hat das deutsche Volk mit wachsendem Verständnis und mit einem Heroismus auf sich genommen, die noch einmal die Bewunderung künftiger Geschlechter erwecken werden.

Gewiß ist noch lange nicht alles getan, was im Dienste einer vernünftigen Reform getan werden müßte. Aber wir wissen aus so mannigfachen Äußerungen des Reichszanklers Dr. Brüning, daß er ja selbst seine Arbeit noch nicht als abgeschlossen betrachtet, und daß er gewonnen ist, auf dem Wege der Reformen weiterzugehen. Allerdings mit der stillschweigenden Voraussetzung, daß nunmehr, nach der großen Winternotverordnung, dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit wenigstens keine neuen Lasten mehr aufgebürdet werden sollen, abgesehen von gewissen, noch immer korrekturbedürftigen Einzelheiten. Und mit dieser Überzeugung wird das Reichskabinett an alle die Verhandlungen des kommenden Jahres herangehen, die zwischen uns und unseren früheren Gegnern und heutigen Gläubigern zu führen sind.

Wir dürfen das Jahr 1931 mit der Feststellung verlassen, daß heute die ganze Welt zwei Tatsachen grundsätzlich nicht mehr bestreitet: die eine, daß Deutschland die Reparationen einfach nicht zahlen kann, und die andere, daß das deutsche Volk aus eigener Kraft im Sinne positiver Betätigung und im Sinne sparsamer Einschränkung alles getan hat, um seinen guten Willen zum Zahlen zu bekunden. Die Welt hat sich im Jahre 1931 ferner davon überzeugt, daß, solange Deutschland nicht wieder gesundet, solange nicht die Reparationen verschwinden und dem deutschen Volke die lang vermisste Gleichberechtigung zuteil wird, die Weltwirtschaftskrise und die im verborgenen schwelende politische Krise nicht beseitigt werden können.

Denn Deutschland fordert auch an der Schwelle des neuen Jahres, ja jetzt sogar mit erhöhtem Nachdruck, nicht nur die endgültige Verabschiedung des Reparationsproblems, sondern es fordert auch gleichzeitig die Verwirklichung jenes Paragraphen des Friedensvertrages, der die erzwungene Abrüstung Deutschlands lediglich als Vorspiel der allgemeinen Abrüstung bezeichnet und diese allgemeine Abrüstung kategorisch als Aufgabe der nächsten Zukunft hinstellt. Daß wir auch im neuen Jahre die Zustimmung eines St. Locarno ablehnen und statt dessen weiterhin eine vernünftige Revision des Friedensvertrags im Hinblick auf die Grenzziehung im Osten fordern werden, versteht sich von selbst. Und schließlich werden unsere Gläubiger handelspolitisch allesamt noch einiges für uns tun müssen, indem sie uns ganz außerhalb der sich aus den Friedensverträgen ergebenden Neuregelungen alle jene finanz- und wirtschaftspolitischen Erleichterungen gewähren, die nun einmal notwendig sind, wenn wir die ungeheuren Lasten der Verzinsung und Amortisierung unserer Auslandsschulden weiter tragen sollen.

Von englischer Seite ist in den letzten Tagen der Gedanke ausgesprochen worden, daß man sich auf das Äußerste gefaßt machen muß, daß man mit einem allgemeinen Zahlungsmoratorium zu rechnen hat, wenn nicht endlich



Bernunft und bessere Einsicht jene vertragsrechtlichen Beziehungen neu regeln. Die Ausherrung dieses Gedankens geschah vor allem an die Adresse Amerikas. Mag die amerikanische öffentliche Meinung auch hundertmal mit Recht darauf hinweisen, daß die Streichung der interalliierten Schulden ja doch nur der Rüstungspolitik des reichen Frankreich zugute kommen würde, so wird dieselbe öffentliche Meinung dort drüben es nicht verhindern können, daß eines Tages die Schuldner Amerikas erklären, sie müßten die Schuldenabzahlungen einstellen. Man ersieht daraus, wie unendlich wichtig die Abrüstungskonferenz im Monat Februar sein wird. Würde es gelingen, auf dieser Konferenz eine wirklich ernste Reduzierung der Streitkräfte zu beschließen, eine Reduzierung, die der heutigen Bewaffnung Deutschlands entspricht, dann würde damit das Hauptargument des nordamerikanischen Bürgers gegen eine Streichung der interalliierten Schulden fortfallen.

Es gibt nur wenig Anzeichen, die uns zu der Hoffnung berechtigen könnten, daß es zu einer derartigen Einigung auf der Abrüstungskonferenz kommt. Denn dann müßte vorher Frankreich die Leitidee seiner ganzen Politik, nämlich die der Kontinentalhegemonie, erst einmal verabschiedet haben. Und daran vermögen wir heute noch nicht zu glauben. Und weil wir nicht daran glauben, halten wir die weltpolitische Situation, soweit sie Deutschland direkt berührt, immer noch für sehr düster.

Für Frankreich sollte die Einsicht, daß man auf die Reparationen ein für allemal verzichten muß, und daß man die Schulden an Amerika nur dann loswerden wird, wenn man die allgemeine Abrüstung besichert, auf ein und demselben Felde wachsen. Denn auch die Voraussetzung für das ganze Verhalten Frankreichs in allen diesen Fragen ist ja dieselbe. Frankreich will weiterhin im Besitze seines Reichtums bleiben, um weiterhin die Welt mit goldenen Schnüren binden zu können; und, wenn es schon auf einen Teil der Reparationen verzichtet, so will es dann wenigstens auch seine eigenen Schulden an Amerika gestrichen sehen. Ferner aber will es im Besitze seiner militärischen Rüstung bleiben oder diese nur in einem solchen Maße vermindern, daß es selbst noch immer der größte militärische Machtfaktor der Welt ist. (Nach den neuesten Meldungen, die allerdings teilweise dementiert werden, sieht es fast so aus, als ob England doch noch umfallen und der Auffassung Frankreichs beitreten könnte, nach welcher die Reparationsfrage nur provisorisch geregelt werden soll.)

Wenn es sich allein um den ernstesten Aufbauwillen Deutschlands handeln würde, und wenn wirtschaftspolitische Einsicht und Vernunft in den Händen der Welt maßgebend wären, dann dürften wir das Jahr 1932 mit einer Fülle von Hoffnungen betreten. Denn auch der innerpolitische Zwist unseres Volkes ist ja nur zu verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welcher Unvernunft und Einsichtslosigkeit unsere früheren Gegner und allen voran Frankreich uns bisher behandelt haben. Von Frankreichs Entscheidungen wird es abhängen, ob man das kommende Jahr zu einem der großen Aufbaujahre der Kulturmenschen zählen wird, oder ob es in der Geschichte fortleben wird als das Jahr weiterer wirtschaftlicher und politischer Schrumpfung und Zerlegung. Am guten Willen des deutschen Volkes, durch positive Arbeit das Geschick zu meistern, wird es jedenfalls auch im Jahre 1932 nicht fehlen!

## Der letzte badische Hoftheaterintendant

In der Reihe der badischen Hoftheaterintendanten ist, seit dem Großherzog Leopold im Jahre 1810 die Ermächtigung zur Führung dieses Titels erteilte, August Baffermann der letzte gewesen. Der jetzt im Alter von nahezu 84 Jahren Selbsteingegangene hat die Geschichte unseres Karlsruher Kunstinstituts von 1804—1919 geleitet; als er kurz nach Kriegsende in den wohlverdienten Ruhestand trat, war er inzwischen sogar — eine hier für einen Theatermann bisher ungewohnte Anerkennung — zum Generalintendanten ernannt worden.

Baffermann entstammte, wie sein unmittelbarer Vorgänger Dr. Albert Büchlin, einer alten Patriziersfamilie, und hatte ähnlich jenem, der als Leiter des Schwärmer Hoftheaters hierherkam, schon reiche praktische Erfahrungen gesammelt, bevor er den schwierigen Posten übernahm. Er war in mancher Beziehung selbst Eduard Devrient zu vergleichen (dem ersten bürgerlichen Fachmann, den zum größten Erstaunen seiner Umgebung Friedrich L. noch als Prinzenregent berufen hatte); wenn er auch in einer ganz anderen Richtung als dieser, nämlich in der Spätstufe Heinrich Laubes aufgewachsen war. Aber ob es nun mehr ein gepflegter Wiener Burgtheaterstil war, für den er schwärmte und den er unverkennbar dann und wann durch Weininger Einflüsse auffrischte, und wenn also seine Leistung sich weit weniger durch individuelle Originalität auszeichnete, so bleibt trotzdem seiner Tätigkeit nachzuräumen, daß sie ebenfalls durch aus den kunstpolitischen Notwendigkeiten ihrer Zeit gerecht wurde. Gerade das wurde ihm übrigens hier gar nicht so leicht gemacht, wie zuvor in Mannheim, dessen Theaterbetrieb er um die Jahrhundertwende zu einer im ganzen Reich vorbildlichen Provinzbühne umgestaltet hatte. Was, ihm seine Vaterstadt zu verdanken hat, kann an dieser Stelle jedoch kaum zur Diskussion gestellt werden, sondern rückschauend sei nur kurz geteilt, wie er sich mit den Schwierigkeiten und Einseitigkeiten einer eben doch auch von ganz anderen Repräsentationspflichten erfüllten Hofbühnenleitung abwand.

In Karlsruhe trat Baffermann ein Opernensemble an, das in jeder Beziehung als „künstlerische Genossenschaft“ auf einjamer und einzigartiger Höhe stand. Doch der Führer, der es sich in zwanzigjähriger Arbeit geschaffen hatte, schied: Felix Motz war nach München gegangen, und für die Neuweisung des verwaisten Dirigentenstuhles trug der Intendant keine persönliche Verantwortung. Es folgten bekanntlich in der knappen Zeitpanne eines Jahrzehnis vier verschiedene erste Kapellmeister, bis mit Felix Cortoleis einige Verhältnisse endlich eintrat. Unter solch häufigem Wechsel

## Wirtschaftliche Umschau

Das Krisenjahr 1931 — Voraussetzungen der Besserung

Der Bericht des in Basel zusammengetretenen Beratenden Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich weist darauf hin, daß es sich bei der verhängnisvollen Entwicklung des Wirtschaftsjahres 1931 nicht nur um eine deutsche Krise handelt, sondern ein Problem von weltweiter Bedeutung, das keine Parallele aus Friedenszeiten finde. Wenn der Krise, die Deutschland seit Juli immer mehr niedergeworfen hat, nicht gesteuert werde, werde sie sich auf das übrige Europa ausbreiten und tiefgehende Rückwirkungen auf andere Teile der Welt mit sich bringen.

Als nach den Septembervahlen 1930 ein Run auf Deutschlands Auslandsschulden einsetzte, gelang es doch, wenn auch mit Mühe, eine gewisse Stabilität herzustellen. Aber dann kam es zu den bekannten Erscheinungen in Österreich, die bald auf Deutschland und schließlich auch auf England übergriffen und das Kredit- und Wirtschaftssystem von immer mehr Ländern in Mitleidenchaft zogen. Im Juni begann dann der Ara der Zusammenbrüche mit der „Nordmole“, dem größten deutschen Textilkonzern, worauf die zweitgrößte deutsche Großbank, die Darmstädter- und Nationalbank Illiquid, und dann die Dresdner Bank in Mitleidenchaft gezogen wurde. Die Reichsleitung mußte mit Notverordnungen einschreiten, die immer tiefere Eingriffe in das Wirtschaftsleben brachten. Zur letzten Dezember-Notverordnung sagen die Baseler Sachverständigen, daß die Reichsregierung in noch nicht dagewesener Entschlossenheit alles getan habe, um der Lage gerecht zu werden, soweit dazu die Schlüssel in deutschen Händen liegen.

Es ist nicht möglich, vorauszusagen, wie sich die Krise der deutschen und der Weltwirtschaft weiterentwickeln wird. Auch die Baseler Sachverständigen weisen auf das Außergewöhnliche und das besonders Unheilvolle der Krise hin, durch welche die Welt jetzt hindurchgeht, aber sie wissen nicht mehr zu sagen, als daß es an der Zukunft verzweifeln hiesse, wollte man nicht annehmen, daß das Gleichgewicht eines Tages wieder erzielt werde. Der Bericht, der sich bekanntlich infolge der Opposition Frankreichs nicht zu positiven Vorschlägen entschlossen hat, und dadurch einen gewissen Kompromißcharakter bekam, geht immerhin soweit, daß er als erste Schwierigkeit und erstes Problem die internationale Verschuldung (Reparationen und andere Kriegsschulden) nennt. Eine Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden an die zerrütete Lage der Welt, die ohne Verzug stattfinden müsse, sei der einzige Schritt von Dauer, der geeignet wäre, das Vertrauen wieder herzustellen und der wirtschaftlichen Stabilität wieder eine Grundlage zu geben. Anherbeim ist aber die Lage die, daß auch eine völlige Entlastung von allen Kriegsschulden nur die Voraussetzung für den Wiederaufbau geben kann, dessen unendliche Schwierigkeiten und die vor allem von Draußen, aber auch die von Innen her kommenden Hemmnisse wir seit dem Kriegsende kennengelernt haben.

Was die von Innen herkommenden Hemmnisse angeht, so haben sie zwei Hauptquellen, diejenigen, die aus der öffentlichen und diejenigen, die aus der privaten Wirtschaft kommen. Für die Leitung des Staates war

es außerordentlich schwierig, im Widerstreit der Interessengruppen den Weg zu finden, der der Gesamtheit am dienlichsten wäre. Nicht nur, daß die großen Interessengruppen in ständiger Spannung waren, ihr politisches Gewicht in die Waagschalen zu werfen und so immer wieder diesen Ausgleich zu verhindern, die Probleme sind auch so unübersichtlich und werden es bleiben infolge ihrer Kompliziertheit und infolge des ja oben schon erwähnten aus der Weltwirtschaft und aus der Weltpolitik herkommenden Drucks, daß es überhaupt keine „Patentlösungen“, auch nicht im einzelnen gibt, sondern daß immer wieder alle Maßnahmen überholt werden müssen und der Korrektur bedürfen.

In der Privatwirtschaft wurden ebenfalls der Fehler genug begangen. Abgesehen von solchen Schäden, die sich bei großen Unternehmungen ergaben, daß sie sogar der strafgesetzlichen Ahndung entgehen, sind es Fehler der kaufmännischen Disposition, die nun wieder gutgemacht werden sollen und müssen, nachdem sie der deutschen Wirtschaft so außerordentliche Verluste brachten. Bei den Investitionen und den Rationalisierungsmaßnahmen hat man viel zu wenig wirklich kaufmännisch disponiert. Man folgte einfach gewissen amerikanischen Lehren, die darauf hinausgingen, daß vermehrte Produktion schließlich vermehrten Konsum zur Folge haben müsse, und sich als Fehllehren und schwere Irrtümer erwiesen. Die Weltwirtschaft wurde mit Produkten übersättigt, die Konkurrenz stieg immer mehr, es kam zu den zollpolitischen Abschiebungen, und so liegen immer mehr Fabriken still, müssen immer mehr Sünde feiern. Auch wenn die Kredite weiter geflossen wären, wenn es nicht zur großen Kredit- und Vertrauenskrise gekommen wäre, wäre die Überproduktion zu groß gewesen, um in den Kulturländern konsumiert werden zu können.

Das gilt für den Abzug in der Welt, aber auch für den Binnenabzug. Heute fragt man sich, wie manche große Fabriken zu solchen Ausdehnungen schreiten konnten, ohne sich darüber klar zu sein, daß sie ihre vergrößerte Produktion mindestens solange halten konnten, bis die Möglichkeit der Abschreibung der Anlagen gesichert war. So sind nun auch in Deutschland und gerade in Deutschland große Vermögenswerte unrentabel geworden und dadurch verloren worden und man hat ferner nicht nur viele Menschen durch Maschinen ersetzt, ohne ihnen andere und neue Existenzmöglichkeiten geben zu können, sondern man muß außerdem auch die an diesen Maschinen noch Beschäftigten entlassen, soweit diese Maschinen eben keine Arbeit mehr haben. Beim Wiederaufbau der deutschen und der Weltwirtschaft muß das kaufmännische und das eigentlich wirtschaftliche Prinzip an die Spitze gestellt werden, d. h. es ist immer und immer wieder die Frage der Abnahmefähigkeit bei jeder Neuanlage und bei jeder Neuorganisation der Produktion auf viel weitere Sicht und ungleich sorgfältiger zu untersuchen, als das bisher geschah. Das gilt auch für die Landwirtschaft, auch sie muß auf Rückschlüsse sich gefaßt machen, wenn sie in einzelnen Produkten überproduziert. Natürlich kann der Staat in der gegenwärtigen Anarchie der Weltwirtschaft auf zollpolitische Maßnahmen nicht verzichten. Er wird dabei jedoch nur die Wünsche von Produzenten und Herstellern berücksichtigen können, die unter den gegenwärtigen Umständen ohne Schädigung der gesamten nationalen Wirtschaft erfüllbar sind.

arbeitenden Theaterführer gewesen, deren Tod man, besonders an der Stelle ihrer letzten Wirksamkeit, aufrichtig bedauern muß.

In Hause des entschlafenen Generalintendanten Dr. Albert Baffermann in Karlsruhe fand am Mittwochmorgen 4 Uhr die Beisetzungsfeier statt, zu der sich die Freunde des Verstorbenen und eine Reihe von Angehörigen des Badischen Landes theaters, die zum Teil unter Baffermanns Karlsruher Intendantentätigkeit am damaligen Großherzoglichen Hoftheater wirkten, eingefunden hatten. Namens der badischen Regierung nahm an der Feier der Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Baumgarten teil, nachdem das Staatsministerium schon zuvor der Witwe, Frau Sofie Baffermann, in einem Schreiben die herzliche Teilnahme ausgesprochen hatte. Die Gedächtnisrede wurde eingeleitet mit dem von Kammerfänger Rentwig vorgetragenen „Harre des Herrn, meine Seele“, worauf Reichrat Rohde die Beisetzungsrede vornahm. Kranzniederlegungen und Worte des Gedankens und der Würdigung der Persönlichkeit des Entschlafenen folgten durch den Intendanten des Badischen Landes theaters, Dr. Baag, im Namen des Landes theaters und für den Bühnenverein, durch Oberregisseur Baumbach für die älteren Bühnenglieder, die zu Baffermanns Zeiten der Karlsruher Bühne angehörten, und durch Dr. Tiburtius, der für die Freunde des Hauses sprach. Ein Gedächtniswort von Herrn Effelsgröth und ein Vortrag des Hornquartetts des Landes theatersvorsitzers gaben mit dem obengenannten Vortrag des Kammerfängers Rentwig der Feier besonders eindrucksvollen Charakter. Am Sarge selbst waren Blumen- und Kranzspenden in großer Zahl niedergelegt worden.

Nach der Beisetzungsfeier wurde abends 10 Uhr die Leiche nach Mannheim überführt, wo in aller Stille die Einäscherung und Beisetzungsfeier am Donnerstagmorgen 11 Uhr stattfand.

Weiterführung des Theaterbetriebes in Baden-Baden. Der Stadtrat Baden-Baden hat beschlossen, das Theater bis 1. März 1932 weiterzuführen. Falls sich bis dahin kein nennenswerter Defizit ergeben sollte, besteht die bestimmte Aussicht, daß dann wieder eine Teilübernahme genehmigt werden kann. Zur Ermöglichung der Weiterführung der Schauspiele soll eine bessere Finanzsicherung und Zusammenarbeit des Städtischen Orchesters mit dem Theater angestrebt werden. Man hofft, durch Aufführungen von Singspielen und Operetten den Theaterbetrieb zu heben und das Defizit zu verringern.

lit natürlich die Tradition des Hauses beträchtlich; es war für den Intendanten sicherlich keine leichte Aufgabe, trotzdem den gewohnten Spielplan durchzuführen und ihm noch etliche neue Werke anzureihen. Theatergötter zeigen indessen, daß das recht gut gelang, und außerdem ist in den Besetzungsbüchern jener Jahre nachzulesen, mit welcher glücklicher Erfolgs sich Baffermann auch um neue Solokräfte bemühte. Das ist überdies um so höher zu bewerten, da er ja seinen theatralischen Impulsen nach seit jeher dem Schauspiel näherstand, war er doch selbst einmal in Wien jugendlicher Selbstgewesen und hatte sich sodann in Stuttgart, Berlin, Hamburg und noch in Mannheim als Darsteller sowie Regisseur bewährt. In Karlsruhe ging das natürlich nicht mehr, aber aus den jungen Dramaturgen (u. a. Alwin Kronacher und Rudolf Koenneke), die er verpflichtete, zog das Institut ebenso positiven Nutzen wie aus den Künstlerinnen, die er mit Scharfsicht für seine Bühne auswählte. Der Qualität nach konnten sich damals Karlsruher Erstaufführungen von Hauptmannschen und Sudermannschen Werken oder gar Problematische Lebens zweifelslos neben jeder Großstadtbühne sehen lassen, während andererseits die klassische Literatur — z. B. die Inszenierung des ganzen „Faust“ zu Ostern 1905 — zu nicht minder bedeutsamen schauspielerischen Großtaten Anlaß gab. Demgegenüber hat man freilich mit einigem Recht betont, Baffermann sei nie ein Freund von Experimenten gewesen, immerhin war er aber einer der ersten, der manch jungen Autor Schritt für Schritt Hoftheaterzugang einräumte und bei aller gebotenen Rücksicht gelegentlich doch auch einen Weckruf oder Strindberg wagte, ganz zu schweigen von badischen Dichtern wie Albert Geiger, Emil Götts und Hermann Burte, die er stets nachdrücklich förderte.

Nach einer Fähigkeit ist zu gedenken, die Baffermann in hohem Maße besaß. Er sah auf Ordnung sowohl im künstlerischen wie organisatorischen Betrieb seines Instituts, er war zwar ein Opportunist in seinem Beruf, aber nie auf Sensationen bedacht, weder beim äußeren noch inneren Verdegang des ihm anvertrauten Kulturgutes. Diese feste Basis war es nicht zuletzt, die es überhaupt ihm ermöglichte, das gefährdete Erbe durch die schweren Kriegsjahre auf eine zukunftweisende Bahn hinüberzureiten und ihm das zum Weiterleben nötige Betätigungsfeld zu sichern. Es ist ja nicht nur das Konzerthaus allein, das unter seiner Intendantenschaft noch als Kollaterale angegliedert und womit der leichten Ruhe ein neuer Tempel errichtet wurde, schon er suchte durch stark vermehrte Vorstellungsziffern nach einem quantitativen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben, und gerade ihm ist man noch heute zu Dank verpflichtet, weil er das Wort „Sparsen“ in seinem Etat sehr wohl kannte. Deshalb ist er in der Tat einer der wenigen, auf lange Sicht



An Prophezeiungen positiver und negativer Art hat es im vergangenen Jahre nicht gefehlt. Nur wieder man sie auch weiter mit Vorsicht aufnehmen müssen. Im April 1931 hat das Institut für Konjunkturforschung gesagt, daß der konjunkturelle Tiefpunkt anscheinend erreicht sei, und daß von nun an mit einer Stagnation, vielleicht sogar mit einer allmählichen Besserung zu rechnen sei. Ein Vierteljahr später kam dann die Zulikrise und es brach die Kredit- und Finanzkatastrophe über Deutschland herein, die nicht an unseren Grenzen halt machte. Für die Eisenindustrie sagte noch vor einigen Wochen Geheimrat Klöckner Ähnliches. Er kündigte an, daß vielleicht schon zum Frühjahr oder Spätsommer erträgliche Verhältnisse kommen werden. Bestimmend sind aber fast durchweg die Voraussetzungen der Handelskammern. So sagt z. B. die von Hannover, daß für die nächste Zeit jedenfalls kaum mit einer Besserung, eher mit weiterer Wirtschaftsschrumpfung zu rechnen sei. Zurückhaltung in den Produktionsplanungen, die große Unsicherheit in der Kreditversorgung, der Rückgang der Verkaufserlöse in der Landwirtschaft, die Senkung der landwirtschaftlichen Kaufkraft und der Verbrauchsgüter und die zunehmenden Exportschwierigkeiten weisen eher darauf hin, daß Produktion und Umsätze in Deutschland noch geringer werden.

Die letzte Notverordnung führt durch Senkung der Kostenfaktoren die hier erwähnten Faktoren wieder weit zu machen, um ihnen durch niedrigeres Preisniveau zu begegnen. Ein wichtiger Kostenfaktor, der der öffentlichen Lasten, bleibt aber vorerst. Ihre Senkung hängt jedoch nicht nur von inneren Sparpolitischen Maßnahmen ab, sondern ebenso von der Erleichterung der äußeren Lasten. Erst wenn die deutsche Wirtschaft (und auch die Weltwirtschaft) durch eine erträgliche Lösung der Schuldenfrage Luft bekommt, wäre die wichtigste Grundlage zur Besserung der Dinge geschaffen. Erst dann kann das Vertrauen, die erste Voraussetzung einer Besserung der Kreditlage, sich wieder einstellen. Darum geht es in den in diesen Monaten stattfindenden, großen internationalen Konferenzen. Sie werden der Weltwirtschaft nur dann wirklich helfen und den Ausgangspunkt zu einer Besserung bringen können, wenn eine endgültige und gründliche Vereinigung der politischen und privaten Schulden in die Wege geleitet wird, während eine Verlängerung des Moratoriums, wie man es neuerdings plant, eine solche durchgreifende Hilfe nicht zu bringen imstande ist.

**Helsingfors gegen Trockenlegung**  
W.D. Helsingfors, 31. Dez. (Tel.) Die Volksabstimmung über die Prohibition hat in der finnländischen Hauptstadt Helsingfors folgendes Ergebnis gehabt: Für Beibehaltung der gegenwärtigen Prohibitionbestimmungen wurden 13 000 Stimmen abgegeben. Für teilweise Abschaffung der Trockenlegungsbestimmungen stimmten 600 Personen, für vollständige Abschaffung 65 000 Personen.

**Die Japaner besetzen Kwantung und Mantschuan**  
W.D. Tokio, 31. Dez. (Tel.) Die japanische Vorhut ist unter dem Befehl des Generals Lamon in Kwantung, einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt, eingedrungen. Sie stieß auf keinen Widerstand, da die Chinesen sich nach Mantschuan zurückgezogen hatten. Die Japaner sollen außerdem abermals Mantschuan besetzt haben.

**435 000 Reichsmark Entschädigung für das Stuttgarter Schloß**  
Im Finanzausschuß des Württembergischen Landtages teilte Finanzminister Holz mit, daß die Regierung einen Antrag auf Senkung der Entschädigung für den Wiederaufbau des alten Schloßes erlassen werde. Das ganze alte Schloß sei bei der Gebäudeversicherungsanstalt mit 800 000 RM versichert. Der Finanzminister berichtete, daß auf dieser Grundlage nach den bisherigen Abschätzungen mit einer Entschädigung von etwa 435 000 RM zu rechnen sei.  
Beim Stuttgarter Schloßbrand ereignen sich innerhalb des Trümmerhaufens des südöstlichen Flügels immer noch Verschiebungen und Einstürze von Balken. Das Feuer ist aber nirgends mehr offen, doch bestehen noch Glutherde im Innern der Trümmerstätte. An Aufräumarbeiten ist man schon herangekommen.

**Die amerikanische Delegation für die Abrüstungskonferenz** wird 17 Personen umfassen. An der Spitze steht General Dawes.  
**Frankzösische Kammerwahlen am 17. und 22. April?** Paris soll bezeichnet es als wahrscheinlich, daß der erste Wahlgang der Kammerwahlen auf den 17. April und der zweite Wahlgang auf den 22. April festgesetzt wird.  
**Der Separatismus in der Mandchurei.** Die japanische Telegraphenagentur meldet aus Tokio, daß Anfang nächsten Jahres zum Zeichen der Unabhängigkeit des neuen Mandschu-Staates die Flagge Rot-Blau-Gelb (Symbol der Mandchurei, Mongolischen und koranischen Völker in der Mandchurei) gehißt würde.

**Verichtigung zur Besoldungsberechnung im Badischen Zentralanzeiger für Beamte**  
In dem 2. Beispiel der Besoldungsberechnung (Zentralanzeiger Nr. 51 vom 29. Dezember 1931) ist eine Verwechslung unterlaufen infolgedessen, als es in der zweitletzten Zeile statt 134,25 RM richtig 108,75 RM heißen muß; demzufolge ergibt sich bei der Gegenüberstellung des Nettobetrags von 131,22 RM und des Mindestbezugs von 108,75 RM keine Unter-, sondern eine Überschreitung des Mindestbezugs, so daß die Kürzung, wie vorgenommen, bestehen bleibt.  
Im 2. Beispiel ist zu lesen:  
Grundgehalt: 125,- RM  
Wohnungsgeldzuschlag: 19,- RM  
zus.: 144,- RM  
davon 6 + 4 + 9 = 19 u. s. ab: 27,17 RM  
verbleiben: 116,83 RM  
die den Mindestbezug von 107,50 RM noch überschreiten, so daß es bei der Kürzung von 27,17 RM verbleibt.

## Die Durchführung der Notverordnung Preisüberwachung durch die obersten Landesbehörden

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat für diejenigen Gegenstände und Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs, deren Preisgestaltung zentral kaum beeinflusst werden kann, die ihm zustehenden Befugnisse auf die obersten Landesbehörden übertragen. Die Übertragung erfolgt einstweilen nur für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die im kleinen Marktverkehr feilgehalten werden, die Kartoffeln, Gemüse, Obst, Eier; ausgenommen sind Milch, Butter und Schmalz; Geflügel aller Art; Fisch, mit Ausnahme der Seefische; Leistungen des Sattler- und Tischlerhandwerks; allen Markenartikeln, soweit die Reichsregierung ihre Befugnisse aus der Notverordnung den obersten Landesbehörden übertragen hat oder übertragen wird.  
Die Befugnisse über die Schließung von Betrieben und Geschäftsräumen hat sich der Reichskommissar auch für diese Waren selbst vorbehalten.

**Die voraussetzlichen Zinsvereinbarungen**  
Die Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Geldinstitute, der Banken und der Sparkassen, beim Bankenkommisssar über die Regelung der Zinssätze am Geldmarkt dauern noch an.  
Die endgültige Regelung dürfte erst im neuen Jahre getroffen werden und von Beginn 1932 an Geltung haben. Für Sparanlagen wird den Spitzenverbänden ein Zinssatz von 4 Prozent und für Kündigungsgelder von 5 Prozent vorgeschlagen. Diese Sätze werden wahrscheinlich auch endgültig festgelegt werden.  
In der Frage der Sollzinsen und Provisionen ist es bisher zu einer Entscheidung nicht gekommen. Hierüber wird noch eingehend beraten. Es wird jedoch auch hier mit freiwilligen Vereinbarungen gerechnet, so daß aller Voraussicht nach ein zwangsweises Eingreifen des Bankenkommisssars nicht nötig sein wird.

## Unterfagung des Geschäftsbetriebes für einige Bauparlamente

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat folgenden Bauparlamenten den Geschäftsbetrieb unterfagt: a) „Eigenscholle“ Siedlungs- und Baupar.-G.m.b.H., Harand, b) Spar- und Kreditgemeinschaft, Bauparl.-G.m.b.H., Dresden, c) Hypotheken- und Baukredit-Gesellschaft „Höb“, e. G. m. b. H., Dresden, d) „Bavaria“, Selbsthilfe-Baupar.-G.m.b.H., Augsburg, e) Stuttgarter Bauparl.-G.m.b.H., Stuttgart, f) „Celle“, Allg. Zweckpar.-G.m.b.H., Stuttgart.  
Der Senat hat ferner bei den nachstehenden Klassen Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt: a) Bau- und Siedlungspar.-G.m.b.H. für Verwaltung und Finanzierung in Frankfurt a. M., c) „Deutscher Baubund“, e. G. m. b. H., Magdeburg, d) Nürnberger Baupar.-Gesellschaft, G.m.b.H., Frankfurt a. M., e) Baugesellschaft „Carola“, G.m.b.H. in Frankfurt a. M.  
Den Firmen „Bären“, Bauparl.-G.m.b.H. in Nürnberg, und „Augustana“, Baupar. und Hypothekentilgungsstelle G.m.b.H., Augsburg, ist die Genehmigung erteilt worden, ihren Betrieb bis zur Entscheidung über den von ihnen gestellten Antrag auf Erlaubnis des Geschäftsbetriebes fortzusetzen. Ein entsprechender Antrag der Firma „Die Wais“, Bau- und Zweckpar.-G.m.b.H. in Nürnberg, ist abschlägig beschieden worden.

## Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident an die Wehrmacht. Reichspräsident v. Hindenburg hat, wie alljährlich zum Jahreswechsel einen Erlaß an die Wehrmacht erlassen, in dem er Heer und Flotte seine besten Wünsche entbietet. Er ruft die beschworenen Verfassung, Gehorsam den gleichmäßigen Gesetzen, und beruft zum Kampf der Parteien, werde die Wehrmacht auch im neuen Jahr den alten Idealen deutschen Soldatentums dienen.  
Regierungspräsident a. D. von Welser 7. Am 26. Dezember verstarb auf seinem Landsitz Reuthofen bei Nürnberg Erz. Dr. Ludwig Freiherr von Welser im 91. Lebensjahr. Freiherr von Welser, Ehrenbürger der Stadt Speyer, war von 1897 bis 1902 Regierungspräsident der Pfalz und kam dann als Regierungspräsident von Mittelbrunnen nach Ansbach.  
Zusammenlegung der preussischen Handelskammern. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat auf Grund von § 2 Abs. 3 des Handelskammergesetzes in der Fassung der Verordnung vom 4. April 1924 (Gesetzsammlung S. 194) und des § 7 der Verordnung vom 23. Dezember 1931 (Gesetzsammlung S. 293) der preussische Handelsminister mit Wirkung vom 15. Februar 1932 die Industrie- und Handelskammern Königsberg (Preußen), Elbing, Tilsit, Insterburg und Allenstein aufgelöst und ihre Bezirke zu einer Kammer mit dem Sitz in Königsberg zusammengelegt.  
Ein elastischer Pfarrer gemahnt. Die Leitung der Evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession in Elbing-Lothringen hat den Pfarrer Stricker in Rierre-le-Neuve wegen Veröffentlichung eines Artikels gegen Frankreich in einer evangelischen Zeitschrift auf 2 Monate des Amtes entzogen. In diesem Artikel wird Frankreich beschuldigt, die moralische Abrüstung in Europa zu verhindern, seinen Sieg zu mißbrauchen und die Urache der wirtschaftlichen Krise in der Welt und vor allem in Deutschland zu sein. Außerdem habe Strahburger Blättern zufolge, der Pfarrer auf die Aufforderung, eine Predigt über den Frieden zu halten, dies verweigert und erklärt: „In diesem Land kann man nicht mehr die Wahrheit sagen.“

## Kleine Chronik

Zwei Polizeibeamte in Köln, die sich mit Fahrrädern auf einer Straße befanden, wurden in der Nähe der Köln-Riehler Kobelstraße von fünf jüngeren Männern aus dem Hinterhalt mit Pistolen beschossen. Glücklicherweise gingen die Schüsse fehl. Die Angreifer entkamen in den benachbarten Schrebergärten.  
Starker Schneefall in der letzten Nacht hat im Gebiet der Reichsbahnstationen Essen starke Zugverspätungen verursacht.  
In den Kobersdorfer Werken (Oberlausitz) brach nachts ein Großfeuer aus. Der Schaden beträgt mehrere Hunderttausend Reichsmark.  
Über das Schicksal des estnischen Dampfers „Liro“, der am 11. Dezember von Hull auslief und 20 Personen an Bord hatte, hegt man erste Befürchtungen. Man nimmt an, daß der Dampfer bei einem Sturm in der Ostsee untergegangen ist.  
Ein amerikanischer Handelsdampfer aus New York stieß auf der Themse bei London mit einem Schlepper zusammen, der sofort sank. Er hatte 10 Mann Besatzung, von denen nur einer gerettet ist.  
Die Filmchauspielerin Pola Negri, die sich kürzlich in Santa Monica (Kalifornien) einer Operation unterziehen mußte, hat sich, soweit erhellt, daß sie am 1. Januar das Krankenhaus verlassen kann.

## Badischer Teil

### Leert Deutschland kennen!

Reichsverkehrsminister Treubanus, der sich seit seinem Amtsantritt in besonders tatkräftiger Weise der Interessen des Fremdenverkehrs angenommen hat, stellt der deutschen Presse das folgende Geleitwort für das Jahr 1932 zur Verfügung:  
„Leert Deutschland kennen! Besucht deutsche Städte und Dörfer, deutsche Kur- und Bäderorte — das ist die Bitte und Mahnung für das Jahr 1932.“  
Allen am Fremdenverkehr beteiligten Kreisen aber sei zu gerufen: Arbeitet tatkräftig daran, das Beste preiswert zu bieten, das Gebotene anziehend zu gestalten! Alle Kräfte müssen angepannt werden, um das Reisen in Deutschland zu verschönern!  
Berlin, Ende Dezember 1931.  
(gez.) Treubanus, Reichsverkehrsminister.

### Badischer Landtag Eingänge

Der Landtagsabgeordnete Berggöb vom Evangelischen Volksdienst hat im Hinblick auf eine Veröffentlichung, wonach in Duell die Große Karnevalsgesellschaft einen Maskenball und eine Damen- und Fremdenfeste abhalten will, eine kurze Anfrage an die Regierung gerichtet, ob diese „angesichts der auf das Höchste gestiegenen Not, wo die Sorge ums tägliche Brot ungezählte Familien in Verweifung und Hoffnungslosigkeit stürzt, und in einer Zeit, wo schwerste außenpolitische Entscheidungen für unser deutsches Volk bevorstehen, bereit ist, sämtliche karnevalistischen Veranstaltungen im kommenden Jahre zu verbieten? Der überwiegend größere Teil der Bevölkerung habe in der heutigen fürchterlichen Notzeit für das zuchtlose Treiben, wie es bei den karnevalistischen Veranstaltungen üblich ist, kein Verständnis mehr.“

### Krankenbeförderung auf der Eisenbahn

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat für die bequeme und sichere Beförderung von Kranken und körperlich behinderten Personen weitgehend Vorkehrungen getroffen. Sie verfügt über Krankensalonwagen und Abteilpersonnenwagen 3. Klasse mit Einrichtung zur Krankenbeförderung. Auch im Verkehr mit dem Ausland werden solche Wagen gestellt. Sie können auf allen Bahnhöfen angefordert werden. Für die Beförderung von Kranken in Krankenträumen, Tragbetten oder auf Tragbahnen werden auch andere Personnenwagen 3. Klasse oder Gepäc- und Güterwagen zur Verfügung gestellt.  
Zur An- und Abbeförderung der Kranken zum und vom Zuge innerhalb der Bahnhöfe werden unentgeltlich Tragbahnen, Fahr- und Rollstühle sowie Triftstühle überlassen. Auch die Gepäcstücke können gebührenfrei benutzt werden. Ist auf einem Bahnhof das gewünschte Krankenbeförderungsmittel nicht vorhanden, so wird es beim nächsten Bahnhof angefordert. Zur Beförderung der Kranken von einem Zuge zum anderen auf Übergangsbahnhöfen werden Tragbahnen, Triftstühle u. dgl. auf Ansuchen vom Abgangsbahnhof vorab bestellt.  
Die Schaffner sind angewiesen, den Wünschen der Kranken oder ihrer Begleiter auf Ausführung kleiner Besorgungen, wie Vorausbestellung von Tragbahnen, Gepäc- oder Krankenträgern usw., bereitwillig zu entsprechen. Sie haben sich auch anderer Hilfsbedürftiger anzunehmen. Schwerkrankenbescheidigte und sonstige geberchtete Personen werden am Schalter sowie an der Bahnsteigperrle bevorzugt abgefertigt und erhalten in den Zügen vorzugsweise Sitzplätze zugewiesen.

**Die Benutzung staats-eigener Turnhallen**  
Auf eine Eingabe des Landesausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege e. V. hat sich das Unterrichtsministerium entschlossen, bis auf weiteres die staatslichen Turnhallen den Vereinen für Turnen und Leibesübungen zu übergewähren wie bisher unentgeltlich, also auch ohne Forderung eines Ersatzbetrages für Beleuchtung und Heizung sowie für Abnutzung der Turngeräte zu überlassen. Die Festlegung der Vergütung des Hausmeisters bleibt bis her der privaten Vereinbarung mit den Vereinen anheimgestellt.

**Vom Badischen Schwarzwaldberein**  
Der Hauptauschuß des Badischen Schwarzwaldbereins hat beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Hauptversammlung, den Mitgliederbeitrag für 1932 von 6 RM auf 4,50 RM herabzusetzen und diesen Beitrag vorläufig zu erheben. Weiter wurde beschlossen, die Hauptversammlung 1932 am 4. und 5. Juni in Konstanz abzuhalten.

**Aus der badischen Landwirtschaft**  
**Preiswettbewerb für badische Molkereierzeugnisse.** Wie in den vergangenen Jahren, so veranstaltet der Badische Molkereiverband auch auf der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschafts-Schau 1932 in Mannheim Sammelausstellungen der badischen Milchwirtschaft in Milch (Rohmilch und molkereimäßig behandelte Milch), Butter und Käse. Diejenigen Milchwirtschaftsbetriebe, Molkereien und Käsereien in Baden, die sich an dem Preiswettbewerb mit ihren Erzeugnissen auf der D.L.G.-Schau in Mannheim beteiligen wollen, wollen dies bis zum 15. Januar 1932 dem Badischen Molkereiverband in Karlsruhe mitteilen, von wo auch die Schanordnung und die Anmeldebekunde bezogen werden können.

### Warnung vor einem Betrüger

Der 41 Jahre alte Kaufmann Emil Allen aus Wien gibt sich als Direktor der Berliner Bank AG. aus und bietet Wertpapiere an, die er sich bei Bestellung gleich bezahlen läßt. Die Berliner Bank AG. ist seit 1924 erloschen; das Geld verwendet Allen für sich, die Wertpapiere liefert er nicht.  
Das Badische Landespolizeiamt warnt vor diesem Betrüger.

**Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen:** Auch gestern traten im ganzen Lande mehrfach Schneefälle auf. Von den Schwarzwaldböden bis zur Rheinebene liegt eine geschlossene Schneedecke, deren Mächtigkeit auf dem Nord-Schwarzwald 1 Meter überschritten hat. Das es nachts zeitweilig aufheitert, verhärtet der Frost sich erheblich und war in der Rheinebene bis auf minus 10 Grad. Die Winde haben weiterhin abgeflaut und sind heute auch in der Höhe nur schwach. Ihre Richtung ist durchschnittlich Nord. Hoher Luftdruck baut sich nunmehr über Mitteleuropa auf und sichert uns bis auf weiteres das winterliche Frostwetter. Zu Schneefällen wird es höchstens nur vereinzelt kommen. — **Vorauslage für Freitag, den 1. Januar 1932:** Meist heiter, vorwiegend trocken und strenge Fröste bei rauhen nordöstlichen Winden. Für die folgenden Tage Fortdauer des winterlichen Frostwetters wahrscheinlich.  
**Wasserstände:** Badshut 178 minus 3, Bafel 26 minus 4, Schusterinsel 22 plus 2, Rheinweiler 191 minus 3, Rehl 184 minus 1, Maxau 359 plus 4, Rammheim 247 plus 18, Laub 184 plus 30.



### Aus der Landeshauptstadt

#### Zwei Monate Karlsruher Notgemeinschaft

Am 19. Oktober d. J. trat die Karlsruher Notgemeinschaft mit ihrem Aufruf „Tausende leiden Not“ an die Bürgerschaft unserer Stadt heran. Der Hilferuf ist nicht ungehört verhallt. In den nunmehr verflohenen zwei Monaten sind insgesamt rund 105 000 Reichsmark, und zwar 84 000 RM. in Geld- und 21 000 RM. in Warenspenden, eingegangen. In diesem Betrag sind nicht eingerechnet diejenigen Spenden, die noch für die Monate Januar bis März gezehnet sind, diejenigen Beträge, die noch aus den besonderen für die Karlsruher Notgemeinschaft in Aussicht stehenden großen Veranstaltungen hoffentlich erlöst werden und der Wert des Altkleidlagers. Es darf erfreulicherweise festgestellt werden, daß trotz der schwierigen Zeit die Spenden bereits jetzt den Betrag erreicht haben, den die Notgemeinschaft im Vorjahr während des ganzen Winters erlöste hat. Dies Ergebnis stellt der Gefebredigkeit unserer Bürgerschaft das beste Zeugnis aus.

Wenn auch die Spenden eine solch ansehnliche Höhe erreicht haben, so stehen sie doch in einem gewissen Mißverhältnis zu der Anzahl der gemeldeten Bedürftigen. Während diese im vorigen Winter insgesamt nur 5807 Familien ausmachten, sind bis jetzt schon rund 10 400 Familien als bedürftig anerkannt worden.

Was die Karlsruher Notgemeinschaft bisher für die Notleidenden geleistet hat, zeigen folgende Zahlen: Ausgegeben wurden insgesamt bei der ersten Spendenausgabe: 15 500 Zentner Kohlen und Briketts, 70 Ester Holz, 7100 Lebensmittelpatete à 2 RM., 2900 Zentner Kartoffeln, 1264 Laib Brot, 18 000 Mittageßen, 2900 Schülerfrühstücke, verschiedene Lebensmittel im Werte von zusammen 2032 RM., Kleider und Wäsche im Werte von 7776 RM. Der Wert der bereits ausgegebenen Spenden beträgt insgesamt etwa 75—80 000 RM. Die Notgemeinschaft hat jedoch ihren Einkauf zu stark verbilligten Preisen tätigen können, so z. B. auch durch Ausnutzung der von der Reichsbahn zugestandenen Frachtfreiheit für Liebesgaben. Verbraucht sind bisher rund 60 000 RM. von den aufgetragenen Spendemitteln.

Viel ist geleistet worden, es bleibt aber noch viel zu tun, wenn die Not so gelindert werden soll. Viele haben gegeben, viele sogar unter Anstrengung all ihrer Kräfte, aber gar manche stehen noch zurück, die zweifellos in der Lage wären, ebenso hilfreich ihren notleidenden Volksgenossen beizustehen. An all diejenigen, die bisher schon gespendet haben, aber auch an all diejenigen, die noch abseits stehen, ergeht die nochmalige herzliche Bitte um Hilfe. Tausende warten noch immer darauf. Das seit einigen Tagen an den Anschlagtafeln unserer Stadt hängende Röhre-Kollwitz-Plakat „Wol“ möge allen, die noch zu geben in der Lage sind, ein Mahnzeichen sein. „Wir alle müssen helfen!“

**Sonderzüge über Renzjahr zum halben Fahrpreis.** Im Hinblick auf die außerordentlich günstigen Schneeverhältnisse und die vielseitigen sportlichen Veranstaltungen im Schwarzwald läßt die Reichsbahndirektion Karlsruhe über Renzjahr eine Reihe von Sonderzügen verkehren, für die Rückfahrkarten zum halben Fahrpreis ausgegeben werden. Die um 50 Prozent ermäßigten Rückfahrkarten haben eine viertägige Gültigkeit, so daß es möglich ist, sowohl eintägige Fahrten auszuführen, wie auch bis zu vier Tagen auswärts zu verbrüngen. Es werden folgende Sonderzüge verkehren: 31. Dezember und 2. Januar: Sonderzug 2600, Mannheim ab 14.30, Heidelberg über Schwetzingen 14.33, Karlsruhe 16.00, Offenburg an 17.20, 1. und 3. Januar: Sonderzug 4000, Mannheim ab 4.30, Heidelberg 4.54, Bruchsal 5.30, Karlsruhe 6.00, Offenburg an 7.15. In Offenburg betreiben bei beiden Sonderzügen Anschlüsse Richtung Freiburg und Triberg mit fahrplanmäßigen Bügen. 1. und 3. Januar: Sonderzug 2601, Offenburg ab 18.16, Karlsruhe an 19.54, Mannheim an 21.12 Uhr. Sämtliche Sonderzüge halten auf den wichtigeren Unterwegstationen.

**Straßenbahntariffenkung.** Das Straßenbahnamt hat versuchsweise eine Senkung des Tarifs der Monatskarten vorgenommen und jetzt auch Monatskarten über 2, 4 und 5 Zeitstrecken eingeführt. Hoffentlich läßt die weitere Tariffenkung, die sich auch auf den Einzelfahrschein ausdehnt, nicht allzu lange auf sich warten.

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich auf der Eisenbahnbrücke kurz vor Durlach. Infolge der Unübersichtlichkeit der Straße durch einen Personkraftwagen und ein Pferdewagen prallten zwei Lastkraftwagen zusammen, die derart beschädigt wurden, daß sie abgeschleppt werden mußten. Die Höhe des Gesamtschadens beläuft sich auf etwa 5000 RM. Der Führer des einen Lieferwagens wurde erheblich, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

**Bad. Lichtspiele — Konzerthaus.** Am Mittwoch, den 23. Dezember, hatte die Leitung der Lichtspiele die Kleinrentner und Sozialrentner zu einer Weihnachtsaufführung eingeladen und damit den Angehörigen dieser Organisationen eine wirkliche Freude bereitet. Nach der Deilig-Wochenschau zeigte die Tanzschule Gilla Herrmann, Karlsruhe, interessante Charakterstücke. Nach dieser Vorführung gelangte der unterhaltende Film „Am weißen Rößl“ zur Aufführung. Dieser Film ging auch über die Weihnachtsfeierabend über die Beirnwand. Jeder Besucher wird befriedigt das Haus verlassen haben. Vor allem sind es die glänzenden Aufnahmen aus dem Salzammergut, die den Zuschauer entzücken. — In den Nachmittagsstunden wurde für die kleineren Kinder eine Märchenstunde vorgeführt. Über 4000 Kinder, denen infolge der wirtschaftlichen Not ihrer Eltern ein Besuch wohl nicht möglich gewesen wäre, erhielten Freikarten. Zu weiterem Erfolg trug das ausgezeichnete Hausorchester vor allem mit dem bekannten Musikstück Suppés, „Dichter und Bauer“, wesentlich bei.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**B. Pforzheim, 31. Dez.** Der 85 Jahre alte, arbeitslose R. F. Schenkel aus Brödingen, der Anfang November auf der Straße zwischen Sonnenberg und Büchenbrunn einem von der Arbeit kommenden Mädchen den Zähltag mit etwa 56 RM. raubte und das Geld mit einer Freundin noch in der gleichen Nacht verjubelte, wurde vom Schöffengericht zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Bld. Rappeltrod bei Bühl, 30. Dez.** Zur Beobachtung seines Geisteszustandes wurde der Ludwig Seifried in die Anstalt Altenau verbracht. Seifried hatte bekanntlich seine Schwester tödlich mißhandelt. Zur Entschuldigung seines brutalen Vorgehens gegen seine fränke Schwester wird der Umstand angeführt, daß Seifried durch eine Verdrüftung an der Front einen schweren Nervenschaden erlitten hat und als Säuerkriegsbeschädigter öfters in einen Reizzustand verfiel, der seine Willensbestimmung anschlöß.

**D. Neuenweg (Amt Schopfheim), 30. Dez.** Der Gerichtsvollzieher von Schönnau wurde in einem hiesigen Hause eine Pfändung vorzunehmen. Er wurde bei der Ausübung seiner Pflicht von einigen Familienangehörigen tätlich angegriffen, so daß der Gerichtsvollzieher telephonisch die Gendarmerie von Schönnau zur Hilfe rief. Aber auch den Gendarmeriebeamten leisteten die Einwohner des Hauses tätlichen Widerstand, und zwar waren es nicht der zu Pfändende, sondern unbeteiligte Familienangehörige. Zwei der Angreifer wurden in Haft genommen.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank

	31. Dezember		30. Dezember	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.93	169.27	169.03	169.37
Kopenhagen 100 Kr.	78.67	78.83	79.17	79.33
Friedrich . . . 100 L.	21.40	21.44	21.42	21.46
London . . . 1 Pf.	14.21	14.25	14.36	14.40
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.219	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.51	16.55
Schwiz . . . 100 Fr.	82.05	82.1	82.07	82.23
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Braun . . . 100 Str.	12.47	12.49	12.47	12.49

#### Effekten- und Geldmarkt

Der Börseverkehr war nach den Feiertagen ruhig, aber freundlich; es herrschte die vor Jahresabschluss übliche Geschäftsstille und Zurückhaltung, doch war die Tendenz gut behauptet und die Kurse etwas höher. Besondere Anregungen lagen nicht vor. Die in den November-Bilanzen der Banken in Erscheinung tretenden Anzeichen einer beginnenden Verubigung lösten Befriedigung aus. Die Auslandsverkäufe haben fast ganz aufgehört. Das abgelaufene Jahr war für die Börsen ganz allgemein ein überaus kritisches. Seit einem halben Jahr ist auch der amtliche Börseverkehr in Deutschland geschlossen. Das neue Jahr dürfte bei Fortdauer der schlechten Wirtschaftslage den Börsen nicht viel Besseres bringen.

Die Geldmarktlage ist zur Jahreswende nicht sehr aussichtslos. Die Kreditvergabe ist im letzten halben Jahr durch die überstürzten Abzüge der Auslandsgebühren und das Schrumpfen der inländischen Kapitalbildung völlig zum Stillstand gekommen. Die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und Devisen beträgt nur noch 25,6 Prozent, aber die Zinsensubvention, den großen Eingriff in das Privatbankrecht, sind vom Reich neue Verordnungen erlassen worden. Der Reichskommissar für das Bankwesen will jetzt auch die Zinsen für die Bankschulden herabsetzen. Geplant ist eine Herabsetzung der Sparkassenzinsen für täglich fällige Gelder auf 4 Prozent und für Kündigungsgelder auf 5 Prozent.

**Neufestlegung der Richtlinien über Devisenbewirtschaftung.** Im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 30. Dezember ist eine Neufassung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung erschienen, die sich im wesentlichen auf den Scheideverkehr mit dem Ausland beziehen.

**Veränderungen im Vorstand der Debi-Bank.** Im Verfolg der Organisationsvereinfachung, hat der Aufsichtsrat der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die hells. Vorstandschaft aufzuheben. Der Vorstand wird um drei Mitglieder verringert. Die Herren Dr. Woner, Dr. Schlüter und Dr. von Stauff beabsichtigen, sich von ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Vorstandes im Laufe des Geschäftsjahres 1932 zurückzuziehen. Dr. von Stauff wird bereits in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres aus dem Amte scheiden.

**Kraftwerke Rbhrg-Schwörstadt AG.** In der Generalversammlung in Basel wurde der Abschluß genehmigt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden sämtliche Anlagen des Unternehmens fertiggestellt und in Betrieb genommen. Die nutzbaren Abgaben von Energie aus der ersten Maschinenanlage haben im Oktober 1930 begonnen, während die letzte Einheit am 23. August 1931 vorläufig dem Betrieb übergeben werden konnte. Auf das Aktienkapital von 30 Mill. Schw. Franken waren am Ende des Geschäftsjahres 80 Prozent eingezahlt. Da 1930/31 noch in die Waage fiel, kam die Auszahlung einer Dividende für dieses Jahr noch nicht in Frage.

**Die Seidenweberei Binzen G. m. b. H. in Binzen** ist durch Gesellschaftsbeschlüß vom 14. November 1931 aufgelöst. Die bisherigen Geschäftsführer sind Liquidatoren und vertreten die Gesellschaft zu zweien oder einzeln in Verbindung mit dem Prokuristen Marzel Weber.

### Staatsanzeiger

Die Festsetzung der Ortslöhne nach der RSO.

Auf Grund der §§ 149 ff. RSO. wird der ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagearbeiter (Ortslohn) mit Wirkung vom 1. Januar 1932 festgesetzt wie folgt:

Im Bezirk der Versicherungs- ämter oder Gemeinden	für männliche Personen			für weibliche Personen		
	über 21 Jahre RM	von 16—21 Jahre RM	unter 16 Jahre RM	über 21 Jahre RM	von 16—21 Jahre RM	unter 16 Jahre RM
1. Bretten	3,30	2,90	1,70	2,30	1,95	1,30
2. Bühl	3,—	2,70	1,60	2,20	1,80	1,20
3. Bruchsal, Ettlingen, Kastatt — mit Ausnahme der Stadt Baden-Baden — Landgemeinden Karlsruhe	3,80	3,10	2,10	2,50	2,20	1,50
4. Pforzheim	4,10	3,50	2,40	2,90	2,50	1,60
5. Stadtgemeinden Karlsruhe, Baden-Baden und Durlach	4,50	3,70	2,50	3,10	2,60	1,70

Karlsruhe, den 28. Dezember 1931.

Bad. Oberversicherungsamt.

Der nach § 933 Reichsversicherungsordnung zuständige Ausschuß hat mit Stimmenmehrheit die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste innerhalb des Bereichs der Gartenbau- und Friedhof-Berufsgenossenschaft festgesetzt:

I. Für Gelegenheitsarbeiter, die nur ausbühungsweise beschäftigt werden und sonst überwiegend in anderen Berufen tätig sind oder einen festen Beruf überhaupt nicht ausüben

	Über 21 Jahre RM	Von 16—21 Jahren RM	Unter 16 Jahren RM
a) in Städten mit über 100 000 Einwohnern	810	650	400
männlich	580	400	290
weiblich			
b) für alle übrigen	680	560	340
männlich	500	340	250
weiblich			

II. Für Familienangehörige der Unternehmer soll der Ortslohn maßgebend sein, soweit nicht im Einzelfall ein höheres Entgelt nachgewiesen ist.

III. Für alle anderen im Bereich der Gartenbau- und Friedhof-Berufsgenossenschaft beschäftigten Verarbeiteten gelten als Rentengrundlage die wirklich verdienten Löhne.

IV. Für Lehrlinge gilt der zur Zeit des Anfalles für den Beschäftigungsort gültige Ortslohn ihrer Altersstufe.

V. Diese Festsetzung tritt am 1. Januar 1932 in Kraft. Vorstehende Festsetzung hat das Oberversicherungsamt Rat gefälligst.

Kassel, den 23. Dezember 1931.

Tab. I Nr. 322/31.

Oberversicherungsamt.

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Gendarmerieoberwachmeister Gottlieb Götze in Redau bischofsheim zum Gendarmeriekommissar; Verwaltungsaufsicht Johann Wolf bei Bezirksamt Waldshut (zur Zeit beurlaubt) zum Verwaltungsekretär.

Übertritt in den Ruhestand Fritz Götze:

Oberpflegerin Dorothea Köhle an der Heil- und Pflegeanstalt Altenau.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Gendarmeriekommissar Eduard Schmid in Ettlingen.

Justizministerium

Ernannt:

Kanzleiassistent Otto Lutz bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Kanzleiassistenten.

Zur Ruhe gesetzt auf Antrag:  
Fürsorgearzt Philipp Zimmermann beim Amtsgericht Karlsruhe, Obergerichtsvollzieher Karl Brehme beim Amtsgericht Mannheim, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit; Gerichtsverwalter Karl Wöb beim Amtsgericht Gernsbach.

Gestorben:  
Gerichtsverwalter Fridolin Spieshalder beim Amtsgericht Karlsruhe.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft  
Zugelassen als Rechtsanwälte:

Die Gerichtsassessoren Otto Günther beim Amtsgericht Emmendingen und Landgericht Freiburg, Hildegard Emel beim Amtsgericht Billingen und Landgericht Konstanz, Dr. Oskar Bestel beim Landgericht Mannheim.

Gestorben:

Rechtsanwalt Dr. Julius Höwig in Baden-Baden.

**Nachruf**

Nach längerem, schwerem Leiden verschied gestern

## Herr Anton Gönner

Buchdruckmaschinenmeister

Der Verstorbene war viele Jahre ein treuer, fleißiger Mitarbeiter unseres Hauses, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Karlsruhe, den 31. Dezember 1931.

**G. BRAUN**  
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag)  
G. m. b. H.  
Dr. Albert Knittel. Dr. Friedrich Bran.

**Ettlingen. N. 770**  
Zu D. 3. 20 des Vereinsregisters, betr. den Turn- und Sportverein Langensteinbach wurde eingetragen: An Stelle der bisherigen wurde eine neue Satzung vom 28. November 1931 angenommen. Ettlingen, 29. Dez. 1931. Amtsgericht.

**Badisches Landestheater**  
Freitag, den 1. Januar 1932  
Außer Riete:  
**Im weißen Rößl**  
Singspiel v. Ralph Benatzky  
Dirigent: Schwarz  
Spielleitung: Herz

**Mittwochen:**  
Blank, Genter, Janz, Seiberlich, Müllig, Brand, Ernst, Gemmede, J. Gröbinger, Höder, Gospach, Kalnbach, Kloeble, Luther, Mehner, F. Müller, Prüter, Götz, G. Gröbinger, Goser, Jung, Kitan, Kleinbud, Kühr, Lindemann, Reher, G. Müller, Nagel, Sonntag  
Anfang 18<sup>1/2</sup>, Ende 21<sup>1/2</sup>  
Freie D. (0,90—5,70 RM)

**Samstag, 2. Januar 1932**  
\*C12 Tz.-Gem. 1401—1500  
**Lammhäuser**  
Von Wagner  
Dirigent: Kripps  
Regie: Pruschka

**Frostschäden** L. 651

an Zentralheizungen  
Wasserleitungen  
Heizkesselreparaturen  
werden durch unsere Facharbeiter sofort bei billigster Berechnung behoben

**EMIL SCHMIDT G. M. B. H.**  
Telefon Nr. 6440 — Hebelstraße 3